

Merseburger Tageblatt

Unparteiische Zeitung für (Kreisblatt) Stadt u. Kreis Merseburg

Bezugspreis mit den Wochenbeilagen "Anker der Woche" u. "Sportbogen" durch die Post für 240 ohne Postgebühren, durch Boten 20,- frei Haus monatlich. Erstausgabe nachmittags. Einzelnummer 15 Pfg. Geschäftsstellen: Dölitzstr. 4 (Hauptstelle), u. Gothaer Str. 38. — Im Falle des Verfalls (Streit usw.) besteht kein Anspruch auf Lieferung od. Rückvergütung.



Nr. 59 Mittwoch, den 11. März 1925 165. Jahrgang

Marx in Preußen niedergewählt. 222 Stimmen von 443.

Die gestrige Sitzung des Landtages begann gegen 2.30 Uhr. Nach Erledigung der geschäftlichen Mitteilungen wurde sofort die Wahl des Ministerpräsidenten, die unter Namensauftrag und Stimmzettelabgabe erfolgte, vorgenommen. Bei der letzten Wahl stimmten die Fraktionen der Weimarer Koalition, Zentrum, Demokraten, Sozialdemokraten, wieder für Marx, die Deutschnationalen und Deutsche Volkspartei wieder für Dr. v. Richter (D. Sp.). Die Freiwirtschaftler hatten einen eigenen Kandidaten aufgestellt. Die Wirtschaftliche Vereinigung gab Partei für den Vizepräsidenten Dr. v. Richter ab. Die Kommunisten stimmten für die Freiwirtschaftler, soweit bisher festgelegt worden waren. Die Abg. v. Winterfeldt (D. Sp.). Wegen Todesfalls in der Familie behindert bzw. krank waren die Abg. Dr. Steffens (D. Sp.), Siebert (Soz.), Dr. Eichmann (Fr.), Jordan (Freiwirtschaftl. Ver.), Graf v. Helldorf (D. Sp.) und Stiller (Komm.). Die Zentrumskandidaten v. Bapen, Bonatz und Baumann waren anwesend und gaben ihre Stimmen für Marx ab. Kurz nach 4.15 Uhr verordnete Präsident Daniels das Ergebnis der Wahl. Abgegeben waren 443 Stimmen, ein Stimmzettel war unbenutzt. Es erhielten: Marx 222 Stimmen, Dr. v. Richter 151 Stimmen, Pica 42 Stimmen, Ledenborff 16 Stimmen, Ködner (volksh) 11 Stimmen. Damit war der Abg. Marx bereits im ersten Wahlgang zum preussischen Ministerpräsidenten gewählt. Damit ist der erste Gegenstand der Tagesordnung erledigt. Eine Ansprache werden die Anträge über die Haftanstalt der Ausschussberatung überwiesen.

Aus dem Reichstage.

33. Sitzung. Dienstag, 10. März. Am Regierungstische: Reichsinnenminister Schiele. Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die Stellvertretung des Reichspräsidenten. Abg. Graf Bestarp (D. Sp.) erklärt, daß seine Freunde der Vorlage zustimmen, weil sie den höchsten Zuständigkeiten des Reiches mit der Stellvertretung betraue. Nachdem aber inzwischen der demokratische Vorschlag einer Kandidatur des Reichspräsidenten, der sich als aus schließlich fest, daß aus der Zustimmung zur Vorlage keine Schlüsse auf die Haltung seiner Partei zur endgültigen Wahl des Reichspräsidenten gezogen werden dürfen. Abg. Büchtemann (D. Sp.) gibt eine gleiche Erklärung ab und behauptet, daß durch den Vorschlag der Demokraten die Verletzung des Reichspräsidenten in die politische Debatte gezogen werden. Abg. Koss-Weser (D. Sp.) erwidert, daß auch die Zustimmung seiner Freunde zur Vorlage keine Vorbildung für die endgültige Wahl des Reichspräsidenten haben sollte. Die Vorlage wird darauf gegen die Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten angenommen. Ebenfalls in dritter Lesung endgültig gegen die Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten verabschiedet wird der Gesetzentwurf zur Übernahme der durch das Verbleiben des Reichspräsidenten entstehenden Stellen auf das Reich. Zur ersten Lesung gestellt werden dann die Gesetzentwürfe über die Gewer Heberentkommnisse über das Verbot der landwirtschaftlichen Arbeiter und die Entschädigung der Landarbeiter bei Arbeitsausfällen. Zur Kenntnis genommen wird das Washingtoner Abkommen über die Beschäftigung der Frauen vor und nach der Niederkunft. Die zweite Lesung des Haushaltsplans wird dann fortgesetzt beim Haushalt des Reichsjustizministeriums.

Ein neuer Ermächtigungssatz für die Reichsregierung.

Die Reichsregierung hat einen Gesetzentwurf eingebracht, der einen neuen Artikel 77a in die Verfassung zu setzen vorgeschlägt. Es handelt sich, wie bekannt, um einen teilweisen Ergänzung des Artikels 48, der den Reichspräsidenten ermächtigt, "wenn die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gefährdet sind, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung notwendigen Maßnahmen zu treffen". Die Regierung schlägt vor, einen neuen Artikel 77a in die Verfassung einzufügen mit folgendem Wortlaut: "Wenn die Sicherheit eines dringenden Vorstands es erforderlich macht, kann, wenn der Reichstag nicht versammelt ist, die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichspräsidenten und des Ausschusses zur Wahrung der Rechte der Volkvertretung, Verordnungen, die der Verfassung nicht zuwiderlaufen, mit Gesetzeskraft erlassen." Weiter wurde bestimmt, daß diese Verordnungen sofort außer Kraft zu legen sind, wenn der Reichstag dies mit einer Mehrheit beschließt. Der Inhalt des neuen Verordnungen auf Grund des Artikels 48 und des neu vorgeschlagenen Artikels 77a ist der, daß Voraussetzung bei Verordnungen auf Grund der neuen Bestimmung die Zustimmung des Reichspräsidenten und des ständigen Reichstages Ausschusses ist, während bisher diese Anträge nicht gehört zu werden brauchen.

Beratungen über die Kandidatenfrage zur Reichspräsidentenwahl.

Die im Preussischen Landtag vollzogene Wahl des Ministerpräsidenten in der Person des Herrn Marx hat mit dazu beigetragen, die Klärung der Frage, wer nun endgültig für den Posten des Reichspräsidenten in Frage kommt, einen Schritt weiterzuführen. Marx, dem es wiederum gelang ist, die alte Stimmzahl auf sich zu vereinigen, ist es nicht nur mehr aus der Kandidatenliste aus, denn man rechnet damit, daß es ihm auf Grund von Verhandlungen und unter der Mithilfe des Herrn Sebring möglich sein wird, ein Kabinett zusammenzustellen, das sich als arbeitsfähig erweisen wird, indem es über eine wenn auch kleine Mehrheit im Preussenhause verfügt. So mit bleiben für den Augenblick nur noch die Herren Jarres und Dr. Simons als Kandidaten übrig. Der Versuch der Demokraten, den plumpen Sieb der Sozialdemokraten, die einen eigenen Kandidaten aufstellen zu parieren, wird völlig in doppeltem Sinne gemittelt. Auf der einen Seite liegt bei den in Frage kommenden Stellen das Bestreben vor, die geschlagene Weimarer Koalition, Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten, durch wieder zusammenzuführen, daß man sich auf Herrn Simons einigt und kaum sich wieder beurlaubt, seine ausschließliche Rolle als Kandidat, der nicht erst zu Ende zu spielen, sondern vorher zurücktritt. Auf der anderen Seite aber glauben die Demokraten auch, die ihnen wenig angenehm erscheinende Person des Dr. Jarres durch Aufstellung eines Gegenkandidaten ausschalten zu können. Auf jeden Fall ist die

Entscheidung in den demokratischen Kreisen über das Verhalten der Sozialdemokraten so groß, daß die Möglichkeit, zu einer Vereinigung aller bürgerlichen Parteien zu gelangen, sich wesentlich gebessert hat.

So fanden am Dienstag mittag Beratungen zwischen Delegierten der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei mit den Demokraten statt, deren Ergebnis war, daß man für Mittwoch Vertreter des Zentrums und der Demokraten zu einer Konferenz mit den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei aufgeführt hat, um bei dieser Gelegenheit sich endlich darüber schlüssig zu werden, ob sich ein gemeinsamer Kandidat der bürgerlichen Parteien aufstellen läßt oder nicht. Dr. Jarres als Kandidat hat bis jetzt die größten Aussichten, da die Rechtsparteien nicht geneigt sind, ihren Kandidaten fallen zu lassen, weil es den enttäuschten Demokraten möglich ist, den Herrn Jarres, eine neue Persönlichkeit nachhaft zu machen. Es ist auch bemerkenswert, daß die Demokraten in ihrem Schreiben vom Montag ausdrücklich erklären, sie wären bereit, nicht nur bezüglich Simons, sondern auch wegen eines anderen Kandidaten in Verhandlungen einzutreten. Hier zeigt sich bereits ein gewisses Zusammenkommen. Im übrigen muß erneut betont werden, wie innerlich umso die Behauptung ist, man suche nach einem „republikanischen“ Kandidaten für den Vizepräsidenten. Dr. Jarres steht völlig auf dem Boden der Befassung und ist mithin ohne weiteres als „Republikaner“ anzusehen.

Wahlbestimmungen zur Reichspräsidentenwahl.

Berlin, 10. März. Der Reichsminister des Innern hat bestimmt, daß die Stimmlisten und Stimmzettel für die am 29. März 1925 stattfindende Reichspräsidentenwahl vom 20. bis einschließlich 25. März 1925 anzulegen sind. Wird ein zweiter Wahlgang erforderlich, so werden die Stimmlisten und Stimmzettel nach Berechtigung erneut am 21. und 22. April 1925 angelegt. Näheres über Ort und Zeit der Auflegung geben die Gemeindebehörden nach bekannt. Einbürgerung gegen die Stimmlisten müssen bis zum Ablauf der Auflegungsfrist erhoben werden. Wählen kann nur, wer in die Stimmliste eingetragen ist oder bei Abwesenheit vom Wohnort am Wahltag sich einen Stimmzettel rechtzeitig hat ausstellen lassen. Stimmverleiher, die aus dem besetzten Gebiet (alt und neu besetztes Gebiet) ausgewiesen oder durch Maßnahmen der Verfassungsmacht verdrängt sind, insbesondere auch Personen dieser Art, die in Folge der Wohnverhältnisse vorhin nicht haben zurückkehren können, sind für die Wahl am 29. März 1925 und 21. April 1925 auf Antrag in die Stimmliste oder Stimmkarte ihres Aufenthaltsortes einzutragen, auch wenn sie an diesem Orte keinen Wohnort oder gewöhnlichen Aufenthalt haben.

1,5 Prozent der Reichsbahnarbeiter im Streik.

Berlin, 11. März. Wie die „T.-N.“ erzählt, streifen von insgesamt 430 Tausend Eisenbahnarbeitern nach dem Stand von Dienstag abend etwa 6600; das sind ungefähr 1,5 Prozent. Betrieb und Verkehr wird überall glatt durchgeführt, auch im Berliner Bezirk. Alle Güterabfertigungen arbeiten. Güter- und Personenzüge verkehren ohne Störung. In der Einleitung des Reichsarbeitsministers an die deutsche Reichsbahn-Gesellschaft und die beteiligten Gewerkschaften, am Donnerstag zu einer Vorbesprechung über Schlichtungsmöglichkeiten zusammenzukommen, hat Generaldirektor Deier, der wegen Krankheit das Zeit hüten muß, seine Zustimmung sofort gegeben.

Eine wichtige Entscheidung in der Schallfrage.

Berlin, 11. März. Im Bildungsausschuss des Reichstages wurde ein Antrag auf die Dauer der Grundschule angebracht, in dem bestimmt wird, daß besonders leistungsfähige Schüler bereits nach drei Jahren in die Sekta überzugehen berechtigt sind.

Die Reichspräsidentenwahl.

Die letzten Entscheidungen über die Kandidaturen für die Reichspräsidentenwahl sind noch nicht endgültig gefaßt; das Feld läßt sich aber schon klar genug übersehen, um die für den ersten Wahlgang vorhandenen Möglichkeiten offen darzulegen. In der demokratischen Presse liest man seit zwei Tagen den Schmerzruf: die Rechte hat sich geeinigt, die Linke bleibt gesplittert! Die Kandidatur des früheren preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun hat die Träume von einem gemeinsamen Vorgehen der Weimarer Koalition in der Reichspräsidentenfrage graulich zerstört, obwohl der „Borndörfer“ sofort tröstend darauf hinwies, daß es sich ja doch schließlich nur um den ersten Wahlgang handele. Offenbar berstet bei dem Häuflein Klein, das sich noch immer deutsche Demofraie nennt, eine gewisse Beforgnis, daß der Kandidat des Staatsbürgerlichen Blocks schon im ersten Wahlgange nur durch absolute Mehrheit zu erreichen ist, die relative Mehrheit erst beim zweiten Wahlgange entscheidet, so ist diese Sorge der demokratischen Presse leider wenig begründet. Abgesehen auf die Stimmenverhältnisse der Reichstagswahl vom 7. Dezember müßte der staatsbürgerliche Block nicht nur gegenüber den Parteien der Weimarer Koalition rund 900 000 Stimmen aufholen, sondern außerdem noch die rund 2 1/2 Millionen kommunistischen Stimmen; und die Aussicht dazu ist naturgemäß nicht groß.

Bekanntlich war die Vorbereitung der Präsidentenwahl eine Art Ausschuss gebildet worden, zu dem neben den bürgerlichen Parteien die großen Organisationen der Wirtschaft, auch die christlichen Gewerkschaften, ferner die vaterländischen Verbände und führende Vertreter der kulturellen Strömungen in Deutschland zugezogen waren. Also ein tatsächlich überparteiliches Gremium, für das der Name des früheren Staatsministers v. Loebell nicht irgendeine politische Prägung, sondern nur den neutralen Boden bedeutete. Seinem überparteilichen Charakter trug dieser Arbeitsausschuss auch dadurch Rechnung, daß er Persönlichkeiten den Vorschlag gab, die wenigstens nicht im engeren Sinne, parlamentarisch oder regierungsmäßig, politisch gebunden sind. Nach tagelangen intensiven Verhandlungen kam man am vorigen Sonnabend zu einer wenn auch noch nicht endgültigen Kommitierung des Reichspräsidentenstandbaten; die Wahl fiel auf den früheren Reichsminister des Innern, Herr Georg Meißner Jarres. Den Namen zu derbeziehen, liegt heute kein Anlaß mehr vor; wenn auch die letzte Entscheidung erst heute fallen soll, so dürfte es sich doch nur noch darum handeln, ob eine einzelne Gruppe des Ausschusses bei der Stange bleibt oder nicht. Wie die Kandidatur Braun auf der einen, so ist also nach allem Ermessen die Kandidatur Jarres auf der anderen Seite heute sicher; unbedacht natürlich der Möglichkeit, daß sich für den zweiten Wahlgang neue Gruppierungen ergeben.

Es soll ruhig ausgesprochen werden, daß man dies gestern abend noch an die Möglichkeit eines Zusammengehens mit dem Zentrum glaubte. Diese Möglichkeit hat das Zentrum jetzt mit der Auffstellung des Herrn Marx als Präsidentenstandbaten zerlegt. Das Zentrum trägt jetzt einig und allein die Schuld an der Nichtgewinnung des staatsbürgerlichen Wagers. Zuzugestimmt muß werden, daß das Zentrum in dieser Frage auch sehr unglücklich operiert hat. Seine Schuld und sein Fehlgriff liegen wesentlich in dem Namen Marx beschlossen. Wir sind fast überzeugt, daß eine Einigung zwischen den äußerlich um den Namen Loebell gruppierten Parteien und Organisationen und dem Zentrum läßt sich durchaus möglich war; zugleich davon, daß man dem Zentrum hierbei weit entgegengekommen wäre. Das Zentrum aber hat das Mißtrauen gegen seine Arbeit nicht geradegabig gestiftet. Es ist erwacht und gewahrt. Ebenso wie die anderen staatsbürgerlichen Parteien zur Beteiligung an dem Arbeitsausschuss eingeladen, hat es sich zuerst auch vertreten lassen, alsbald jedoch daraus zurückgezogen. Dazu lag schon um so weniger Anlaß vor, als durch die Beteiligung an dem Ausschuss in seiner Weise Bindungen gegeben waren. Das Zentrum hat sich ferner aber auch an den interparteilichen Besprechungen im staatsbürgerlichen Lager, die selbstverständlich noch neben den Verhandlungen des Arbeitsausschusses hingen, nicht beteiligt. Welches mochte noch hingehen. Sehr viel härtere Bedenken aber müßten noch nach werden, als eine neue Kandidatur Marx für die preussische Ministerpräsidentenwahl angekündigt wurde, ohne daß Herr Marx es für nötig gehalten hätte, der Opposition im Landtage irgendein greifbares Zeichen von praktischem Entgegenkommen zu geben.

Das muß festgelegt werden, um einer für die gemeinsame staatsbürgerliche und christliche Sache verberlichenden Gegenüberstellung vorzubeugen.

Die letzte Rettung.

Aus Magdeburg wird gemeldet: Der Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-rot-gold hat beschlossen, den Bundesvorsitzenden, Oberpräsidenten Körting, nach Berlin zu entsenden, um dort mit den Vorständen des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten die Möglichkeit einer gemeinsamen republikanischen Kandidatur für die Reichspräsidentenwahl zu besprechen.

Vertical text on the left margin, likely a list of prices or subscriptions.

Vertical text on the right margin, likely a list of prices or subscriptions.



Biochemischer Verein.
 Merseburg und Umgegend.
 Freitag, den 13. März, abends 8 Uhr
 im „Casino“ Turnhalle.
Lichtbilder - Vortrag
über Tuberkulose.

50 Pf. für Nichtmitglieder. — Mitglieder gegen Vorzeigen der Karte. Der Vorstand

Merseburger Musikverein.
 Freitag, d. 13. März, abds. 7,45 Uhr
 im Schloßgartensalon
Niederabend
v. Frau Birgit Engell
 Die Vertonung der Pläße hat in der üblichen Weise begonnen.
 Diese Piannummern gelten auch für die beiden Sonderkonzerte.
 die — ohne Erhebung eines Sonderbeitrages — veranstaltet werden und zwar:
 am Montag, d. 3. d. Mts., abds. 7 Uhr: Klavierabend von Niccolò Paganini.
 am Dienstag, d. 11. d. Mts., abds. 7 Uhr: Kammermusikabend ausgef. vom Klarinetten-Quartett

Zwangsversteigerung.
 Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft, die in Anlehnung der in der Gemerkung Merseburg, Gewässer Chauße und Siederen belegenen, im Grundbuche von Merseburg, Bd. 88, Bl. 322 im Bestandsverzeichnis unter Nr. 1 und 2 zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen 1. des Adhökereichthilfen Johannes Schilinger in Merseburg,
 2. des Adhökereichthilfen Franz Schilinger in Merseburg, zu je 1/2, eingetragenen Grundstücke:
 1. Gemerkung Merseburg, Kartenblatt 10, Parzelle 13/45, Grundsteuerrollen 668, Gebäudessteuerrollen 1969, behauene Hofraum mit Hausgarten an der Chauße Chauße von 16 a 78 qm, Gebäudessteuerungsart 692 M.
 2. Gemerkung Siederen, Kartenblatt 1, Parzelle 127/8, Grundsteuerrollen 91, Mäher vom Plan 12 b von 34 a 73 qm, Grundsteuerrollen 680/100 Nr. 1.
 besteht, sollen diese Grundstücke am 23. Mai 1925, vormittags 10 Uhr durch das unterzeichnete Gericht an der Gerichtsstelle — Zimmer Nr. 17 versteigert werden.
 Der Versteigerungsvermerk ist am 29. Januar 1925 in das Grundbuch eingetragen.
 Merseburg, den 5. März 1925.
 Amtsgericht.

Großbrauerei der Gegend beschäftigt während der Sommer-Saison ein gutes oberärthiges
Einfach-Bier
 (Braunbier)
 herauszugeben und einer geeigneten Vertriebsart den
Alleinvertrieb
 für Merseburg und Umgegend zu übertragen. Offerten erbeten unter 364/25 an die Exped. dieses Blattes.
 Eine leistungsfähige mitteldeutsche
Bursh- u. Fleischkonerven-Fabrik
 sucht für den Verkauf ihrer Produkte
Vertreter

für den Bezirk Merseburg und Umgegend. Nur kräftige Kräfte, die bei Fabrikanten sowie Großvertriebsstellen und beherrschenden Anhalten bestens eingeführt sind und Erlöse nachweisen können, wollen sich melden. Beste Probe wird gesandt. Ausführliche Anzeigte mit Referenzen erbeten unter 365/25 an die Expedition dieses Blattes.

Vornehme sichere Erfindung
 mit hohem Jahresertragnisse durch die Generalübernahme einer
Generalvertretung mit Alleinverkauf
 für den Bezirk Merseburg und Umgegend, von unbedingt erforderlich, da Anleihen von Stammkapital erfolgt. Büro wird sofort Kapital u. Altersangabe erünscht. Off unter **F. T. 1675** an **ALA Haasenfein** und **Posler, Frankfurt a. M.**

E. Hermann, Gartengestaltung
 Rufnummer 727 Merseburg Friedrichstr. 16
 Anlage von Park-, Zier- u. Nutzgärten
 Vorgärten — Obstbaumschnitt
 Alle gärtnerischen Arbeiten
 — werden ausgeführt —
Ja Ware von Baum- u. Strauchmaterial
 alle Artikel des Gartenbaus
 Kostenlose Auskunft. Billigste, sauberste künstler. Ausführung.
 Kräftige Neiken und Stiefmütterchen zum billigsten Preis. — Komme auch während



SIL
 Das prachtvollste Schneeweiß
 weigt jede Wäsche, die mit SIL behandelt ist.
SIL Henke's bellesstes Bleich- und Waschmittel
 als Ersatz von Seifenlauge gebraucht, ersetzt die unumwandelliche Rosenblende.
 — OHNE CHLOR —

Elektrischer
Staubsaug-Apparat
 Dampyr
 zum Anschluß an jede Steckdose der Lichtleitung.
 Stromkosten pro Stunde bei 50 Wg. Strompreis ca. 7,5 Pf.
 Preis für den kompletten Apparat **Mk. 120,—**

Landkraftwerke,
 Verkaufsstelle: Merseburg, Gotthardstraße 29

Goeben erschienen!
Führer durch Merseburg und Umgegend
 mit zahlreichen Abbildungen und einem Stadtplan.
 Bearbeitet von G. Freyden.
Preis 1,— Mk.
 Merseburger Druck- und Verlagsanstalt.
 Zu haben in den Geschäftsstellen des Tageblattes
 Hälterstraße 4 Gotthardstr. 38
 und in den Buchhandlungen.

Sie erhalten auf Teilzahlung
 d. i. sofortiger Mitnahme
 Möbel, Anzüge, Mäntel,
 Kleider Kindersachen u.
 Loden-Kostüme, Bett-,
 Herren- u. Damenwäsche
Hugo Dies,
 Merseburg, Friseurstr. 32
 Vertreter der Firma Klingler, Halle/S.

Ziehung 17 u. 18. März
 Rote
Geld-Lotterie
 6835 Gewinne
 bar ob e. 24000 = M.
200 000
60 000
30 000
10 000
 Lose à M. 3.30
 Porto u. Afte 85 Wg.
 erica, versch. auch u. Nachn.
Emil Giller, Radf.
 Santhaus
 Hamburg, Holzdamm 39.
 Bald. Belegel. erwünscht

Deutscher Erfindergeist
 brachte uns
Olojumo
 den neuen
 Gersten-**Kaffee**
 Sie sollten noch heute einen Versuch machen
 und sich von dem
wundervollen Kaffee-Aroma
 überzeugen.
Auf die Röstung kommt es an!
Aguma
 wird hergestellt nach
 D. Reichspatent 337 168
 und ist in allen ein-
 schlägigen Geschäften zu haben

1. Mäher-Hypotheken-Gelder
 zu 8-9% Zinsen, 5 Jahre fest, bar,
 zwischen-Kredite; billigt, sofort zahl-
 bar, h't abzugeben
Giegmund Adler, Bankgeschäft
 Halle a. S., Händelstraße 1.

Wir sind in der Lage
Goldmark-Hypotheken
 zu 5%, u. 4% Jahreszinsen, jedoch nur auf
 landwirtschaftlichen Grundbesitz
 nicht unter 20 Morgen, auszuliehn.
 Interessenten wollen sich schriftlich oder
 persönlich melden bei der
Boden-Kredit- und Handelsgesellschaft
 m. b. H.
 Zweigstelle Merseburg Halle a. S., Leipzigerstr.
 105a, Tel. 5881.

Salzkartoffeln
 aus pommerschem Sandboden
 Kaiserkrone, Nuckack, Magdeburger Frühblau,
 Denksäcker Blau, Up to date, Industrie
 und andere ertragsreiche Sorten
 gibt in Ladungen, Fuhren und Zentnern
 zu billigen Tagespreisen ab:
Franz Müller, Halle a. S.
 Glauchaerstraße 52 a — Fernsprecher 3446
 Bin Käufer von Speisekartoffeln und biete
 Ihnen ein Angebot.

Hausfrauen! kauft nur
Scheuertücher
NIXE
 Die besten der Gegenwart
 Grosse
 Hartbarkeit u. Saugfähigkeit
 Nur echt mit
 diesem Etikett
 zu haben in allen einschl. Detailgeschäften
 Grossisten zum Bezuge weist nach:
Gebrüder Friese, Aktiengesellschaft
 Karschau Bez. Dresden.

Gelegenheitskauf!
25% Rabatt
 auf sämtliche Sorten
Reichardt = Gral Tafel.
 Reichardt
Hoffmann, Schokoladengeschäft
 Gotthardstraße 14.

Süchtig, jünger. Schrifttilograph
 in jeder gut bewandert für sofort gesucht.
 Angebote mit Zeugnisabschriften, Angabe
 des Alters und der Wohnansprüche erbeten
 unter **S. T. 1121** an
Rudolf Hoffe, Frankfurt a. M.

Chemische 36er
 Merseburg.
 Donnerstag, den 12. d. Mts.
 8,15 Uhr
Veranmlung
 im Stadthaus, Steinstraße
 Benötigen Sie
Kapital, Hypothek
Käufer
 für Ihr Grundstück,
 dann stellen Sie sofort
 Antrag bei der ichon
 seit 20 Jahre, in guten
 Erfolge arbeitenden
 Immobilien-Protagonie
 G. m. b. H., K. d. B. G.
 Landwirtschaftsbank
 Gen. Berlin N. 24
 Friedrichstr. 131 a

Einfamilienhaus
 beständiger Wohnung
 101, 102, 3. verkaufen. In
 ertragen in der Expe-
 dition dieses Blattes

Heirat
 Schöne 23jähr. Gut-
 bester-tochter mit 800
 Morgen ar. Gut und
 350 000 Gmf. Darver-
 mögen, wünsch. sich mit
 Herrn aus ohne Ver-
 m. u. verheirat. durch
 Frau Gander, Berlin E. 2.

Jungeber
 Deutsches Edelweiss
 und jährige vierzählige
Bullen
 gibt ab
Rittergut Menchen
 b. Völschen.

Möhren
 u. **Speisekartoffeln**
 (Pepo, Beita u. Binola)
 gibt in großer Quantität
 ab
Rittergut Menchen
 bei Völschen.

Sämnorrboden
 Vollständig schmerzlos
 Dauerheilung ohne
 Verleibstörnung. Gratis
 Anst. d. Bad. Künze,
 Salmuth-Rhaden 191.

Bäckerlehrling
 stellt noch Eltern ein
Bäckermeister Zingl,
 Delgrube 41.

Agenten
 belaher Proponen gesucht.
Grüner & Co.,
 Neudorfer-Gr. 1,
 Hallesche-Str. 10, Merseburg

Suche zu sofort,
 spätestens 1. April
Kindertische
Wändchen
 nicht unter 16 Jahren.
 Angebote unter 362/25
 an die Geschäftsstelle d. Bl.
 Junge, brave, lang-
 haarige
Dechselhände
 entfallen, abzugeben
 gegen Verlohnung bei
 dem Porzellan- u. Ma-
 schinenfabrik **Große,**
 Hülfsstraße 85.

Beginn des zweiten Rothardt-Prozesses.

Magdeburg, 10. März. Vor der Strafkammer des Landgerichts Magdeburg begann heute die zweite Verhandlung gegen den Redakteur Rothardt von der 'Mitteleuropäischen Presse' in Stuttgart wegen Beleidigung des Reichspräsidenten.

Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Bubobich, eröffnete gegen 11 Uhr die Sitzung. Vor Eintritt in die Verhandlung gab Reichsanwalt Hinzenbach eine Erklärung ab, in der er ausführte: 'Es handelt sich in diesem Prozeß nicht um den Menschen Ebert, sondern um Ebert als Vorkämpfer der Sozialdemokratischen Partei; nicht persönliche Eigenschaften des erlernten, sondern politische Handlungen des letzteren sind zu untersuchen.'

Die Beleidigung des Reichspräsidenten Ebert, wie dies in dem vom Rothardt abgedruckten Brief des Dr. Günzler behauptet worden war, Landesverrat begehungen habe, diese Erringung der Tätigkeit Eberts wurde nicht nur auf den Januarartikel, sondern auf seine ganze

politische Haltung während des Krieges erstreckt. In die Beleidigung des Urteils schloß sich die Beleidigung der Berufsgründe an, die die Staatsanwaltschaft geltend gemacht hatte. In dieser Berufsgründung heißt es: 'Das Urteil wird in vollem Umfange angefochten. Insbesondere wird Verurteilung des Reichspräsidenten des Reichsvertrats und eine rechtswidrige Anwendung des § 86 St.G.B. gerügt, da die Feststellung des subjektiven Tatbestandes des § 89 in dem angefochtenen Urteil auf einer Verurteilung des Vorgesetzten beruht.'

Bestimmte Handlungen des Politikers Ebert einer Unterwerfung und Beurteilung zu unterziehen. Das Wesen der Vorgänge liegt darin, daß die Mitglieder des Reichspräsidenten, mögen auch sonst die natürlichsten Gefühle für das Vaterland sei bewegt und beeinflusst haben, damals die Ziele der Internationalen Einigung für die russische Arbeiterregierung gänzlich Friede war die erste Streikforderung - die Klassenkampfziele und sonstige inmaterialistische Forderungen in den Vordergrund gestellt haben, daß Mittel zur Verfolgung dieser Ziele und Forderungen das Mittel des Streits in Kauf genommen haben.

Anschließend daran beantragt der Staatsanwalt die Ladung des Ministerpräsidenten a. D. Otto Braun als Zeugen, da dieser über den gesamten Fragenkomplex Auskunft geben könne, der mit der Sitzung der Strafkammer im Zusammenhang stand. Dann begann die

Bernehmung des Angeklagten. Bei der Bernehmung des Angeklagten gab dieser an, am Kriege beteiligt gewesen, verwundet und mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet worden zu sein. 1923 und 1924 war er verantwortlicher Redakteur der 'Mitteleuropäischen Presse'. Augenblicklich sei er in der Verlagsleitung beschäftigt. Dann folgt die Verlesung des Urteils mit der Ueberschrift: 'Eine bittere Bille für Fräulein Ebert' aus der vom Angeklagten geleiteten Zeitung. Die Zusätze zu diesem Artikel habe er nicht in räumlicher Absicht gemacht. Seine Auforderung: 'Beweisen Sie doch, Herr Ebert, daß Sie kein Landesverräter sind!' sollte lediglich eine Fortsetzung des gegen Dr. Günzler in München auf Anraten von Ebert's Reichsamt, Reichsanwalt Heine, eingeleiteten Verfahrens erzielen.

Der Vorsitzende bemerkt dazu, daß hierzu doch die verlegende Form wirklich nicht geeignet gewesen wäre. Am 10. April 1924 habe der Angeklagte bei seiner Bernehmung im übrigen erklärt, der Reichspräsident Landesverräter zu sein. Der Angeklagte gibt das zu. Damals habe er aber kein Beweismaterial für seine Behauptungen in den Händen gehabt.

Heute wolle er den Beweis erbringen. Den Beweis für den Landesverrat lege er im Eintritt des Reichspräsidenten in die Streikleitung, aber auch in der gesamten Einstellung Eberts hinsichtlich. Die Frage des Generalratsanwalts, was der Angeklagte unter Landesverrat verstanden habe, beantwortet er damit, gelte es sich das Vaterland schädigende Handlung als Landesverrat an. Der Angeklagte vertritt im übrigen seine Ansicht darin, daß der Streik auch in Kiel zu entfassen versucht worden sei, läßt dagegen die Behauptung daß gleiches in Chemnitz versucht worden sei, fallen.

Die Striegauer Vorgänge vor Gericht. 39 Angeklagte und 400 Zeugen. - Ehemalige Amtsinhaber als Verteidiger.

Vor dem erweiterten Schöffengericht begann Montag der große Prozeß gegen 39 dem Reichsbanner angehörende oder nahelebende Personen, die an den blutigen Ausschreitungen beim Märzstreik teilgenommen hatten. Die Verhandlung, die sich auf mindestens zwei Wochen erstrecken dürfte, leitet Landesgerichtsrat Beer, während die Anklage von Oberstaatsanwalt Schreiber und Staatsanwalt Loderhose vertreten wird.

Die blutigen Zusammenstöße ereigneten sich während des Festzuges am Nachmittag auf dem Ring und verschiedenen Straßen der Stadt. In großer Zahl waren die Stahlhelmmitglieder, die von dem Fest nach Striegau gekommen. Auch die Schweidnitzer Stahlhelmgrenadiergruppe hatte sich eingefunden, ganz im Gegensatz zum Striegauer Reichsbanner, das der Einladung des Schweidnitzer Reichsbanners zur Bannerweihe, am gleichen Tage in Schweidnitz abgehalten wurde, nicht teilgenommen hatte. Seine Mitglieder in Striegau erstreckten sich auf etwa 100 Mann. Abgesehen von Verhaftungen und Verhörunge, die von den Stahlhelmmitgliedern nicht beachtet wurden, verlief der Vormittag des 26. Oktober verhältnismäßig ruhig. Gegen Mittag änderte sich jedoch das Bild. Aus verschiedenen Orten des Kreises Striegau

waren Reichsbannerleute herbeigerufen worden, zu denen sich auch schon Mitglieder des Arbeiterpartei-Bundes gesellten. Während beim Reichsbanner der Festzug Aufstellung nahm, wurden Mitglieder des Reichsbanners planmäßig an verschiedenen Stellen der Stadt bereit, die dann zum Angriff vorgingen. Die Polizei war machtlos. An verschiedenen Stellen kam es zu erbitterten Kämpfen mit Stöcken und Faustwaffen. Während der Kämpfe viel Blut floss und zahlreiche Verletzte von der Kampfstelle getragen werden mußten. Bei den Gewalttätigkeiten trat sich besonders der Vorsitzende des Arbeiter Reichsbanners, Arbeiter August Döber, hervor, während der technische Leiter der Kreisgruppe des Reichsbanners, Hauptlehrer Geburt, nach Angaben von Augenzeugen seine Leute zum Vorgehen und Durchfallen geordnet, an diesem Ort und dort den hervorragenden Anteil im Kampfe gegen die Mitglieder des Stahlhelms nahm auch die mitangeflagte 28-jährige Arbeiterin Martha Gaffron, die zunächst mit einem Stoch auf das Herz eines Stahlhelmliebers, der zusammen mit anderen die Spitze des Zuges eröffnete, einwirkte, die Stahlhelmlieute unter wilden Beschimpfungen beludete und später einmal auf sie einwirkte.

Um Deutschlands Eintritt in den Völkerverbund.

Die am Montag begonnene Tagung des Völkerverbundes wird als wichtigster Punkt der Tagesordnung die Antwort an Deutschland in der Frage des Eintritts in den Bund behandelt. Chamberlain hat nach seiner Ankunft in Genf mit den führenden Persönlichkeiten desgenen Rücksprache genommen. Den Entwurf seiner Antwort hat er auch mit Herriot besprochen. Die Antwort wird vor der Uebersetzung an Deutschland im Rate verlesen und beraten werden. Der Inhalt der Antwort wird streng geheim gehalten. Im Völkerverbunde verläutet darüber folgendes: Am 10. März, den Tag der Verhandlung, hat die Reichsregierung als Hintergrundgrund für den Eintritt bezeichnet wurde, in der Antwort möglichst vorfristig und diplomatisch behandelt werden. Paragraph 16 soll nochmals ausgesetzt werden, daß bei seiner Anwendung auf die besonderen Verhältnisse eines jeden Staates Rücksicht genommen wird. Dieser Paragraph stellt neben militärischen Sanktionen auch wirtschaftliche Sanktionen vor, die in Form einer Blockade oder Landes-Blockade gegen den zu bestrafenden Staat angewendet werden. Die Mehrzahl der Staatsmitglieder ist der Meinung, daß man bei den geringen Streitkräften Deutschlands auf eine militärische Beteiligung verzichten könnte und daß auch die Bereitstellung deutschen Gebietes für den Durchzug fremder Truppen nicht die entsprechende Frage sei. Dagegen wird das größte Gewicht auf die Teilnahme Deutschlands an einer Wirtschaftskollaboration gelegt. Die Franzosen verlangen nach wie vor, den Eintritt Deutschlands ohne Vorbehalte, bevor ein Zierbeisvertrag gezeichnet werden konnte, während einige Staatsmitglieder den Eintritt selbst schon als einen Teil des Sicherheitsvertrages betrachten.

Beerdigung des kaiserlichen Protokolls.

Paris, 10. März. Die Pariser Blätter berichten sich zum Teil auf die Wiedergabe von Stimmungsberichten und Situationsbeschreibungen ihrer nach Genf geschickten Berichtserläuter. Sauerwein schreibt im 'Matin': Die Völkerverbundesdelegation hatten sich zur Beerdigung des Protokolls verammelt. Nächsten Donnerstag werde Chamberlain die Grabrede halten. Aus den hier vorliegenden Berichten ist zu entnehmen, daß sich der italienische Delegierte der Haltung Chamberlains anschließen wird. Er sei in diesem Sinne von Mussolini instruiert worden. Der polnische Außenminister Strzyski soll die Widrigkeit haben, sich der Aufrechterhaltung des Protokolls das Wort zu ergreifen, obwohl Polen nicht Mitglied des Völkerverbundes ist. Der Senat hat sich heute zum ersten Mal wieder über die einer Aufgabe gleichsam förmlichen Beerdigung des Protokolls Ausdruck geben. Spanien und die sidamerikanischen Staaten würden die Beibehaltung des Protokolls beantragen. Japan wird sich nach dem 'New York Herald' vom dem Protokoll zurückziehen.

Der Erfinder.

Ein deutscher Roman aus Amerika von Max Schärer.

14) Wer wer hatte den Spülstrom angelasen? Das konnte nur Jachtriffigkeit oder durch Schabernack geschienen sein! Zeit darüber nachzudenken über gar eine Unternehmung anzustellen, war nicht, denn lochen kam in allen Anzeichen des Entschens der unduldierte Gent aus dem Norden herbeischickte und rief nach seiner Begleiterin. Wo ist Mich Smells? Ich er einen Arbeiter an. Der zude nur stumm die Absicht. Da sah der Jüngling Bauer und stürzte auf ihn zu, seine Frage in erhabenem Ton wiederholend. 'Wie soll ich das verstehen, Sir?' antwortete der Deutsche, amüßter über die Aufgereiztheit des jungen Mannes, dessen Goodpartigkeit mit samt den Strampfen vor Schlämm konnten. 'Wie Sie das wissen wollen', sagte der Gent in maßvoller Enttüllung: 'Herr, Sie sind mir verantwortlich für das Leben der jungen Dame! Sie hatten die Pflicht -'

'Herrlich', rief Blossom Bauer entgegen und sprang leichtfüßig ab, 'das haben Sie famos gemacht, Mr. Bauer!' 'Ich habe gar nichts gemacht', erwiderte der Deutsche, 'aber es freut mich, daß Ihnen der kleine Zwischenfall die gute Laune wiedergegeben hat.' 'Der Unduldierte ist tot und hat ihr wieder den Arm. Und abermals Hlog die Vorgetzte aus ihre grauen Augen. Von oben bis unten muckerte sie stumm den Jüngling mit der zerrissenen Glorie, rämpfte das Mädchen und sah auf einmal wieder unsagbar höfentlich an. 'Der Jüngling holtete eine Entschuldigung, es täte ihm furchtbar leid, daß er in der Dunkelheit ihre Spur verloren; aber er bitte demütig, ihn kein Mißgeschick nicht entgelten zu lassen. Da lagte sie ihm laut ins Gesicht, und es war ein herzliches Kinderlachen. Ohne den Gesichtsausdruck eines Armes zu würdigen, wandte sie sich an Bauer: - 'Ihre n Wilm, wenn ich bitten darf!' 'Hier ist der Ausgang; er führt direkt zur 3. Avenue,' sagte der Deutsche verbindlich, aber doch mit einem Unterton, aus dem Blossom herauszusehen konnte: Nein, mein Kind! Ich will keine Kanonen bis ich mir zu gut!

Einem geht oder er wieder das Laufen lernt, sofern er oder die Erben nur die Rechnung zahlen können.' 'Aun, und Sie selbst - sind Sie mit sich zufrieden?' 'So leidlich, ja.' Dabei kam er ins Hassen und der Kopf laut ihm müde ins Kissen. 'Sie müssen sich noch ein bißchen Ruhe gönnen, Herr Senator.' 'Der Teufel hole die Kuhel!' Auch im Krankenbett konnte der Patient den Yankee nicht vertragen. 'Man soll mich lieber zur Galerearbeit verurteilen, bloß nicht zu der verdammten Ruhe.' Und wieder hob sich der granitene Kopf aus den Kissen. - Er hat noch Fieber, dachte Bauer, und wollte sich gleich erheben. Der Senator aber ließ ihn nicht ruhen. 'So bleiben Sie doch ein bißchen,' jagte er dringend, 'wir haben uns ja noch so vieles zu erzählen. Ein Hammer, doch ich nichtlich nicht mit zu ihnen zurück konnte.' 'So werden Sie alles im fertigen Zustande zu sehen bekommen, Herr Senator. Ich lasse die Befehle durch die Herde; und werde verbleibe bis Sie wieder aus dem Damm sind. Selbstverständlich freue ich mich, Ihnen vorher alles alles zeigen zu dürfen.' 'Alles hat mir schon viel erzählt.' 'Nach dem von Ihnen erwähnten Zwischenfall?' 'Ja - was ist denn das?' 'Ein Arbeiter hat sich den unvorsichtigen Scherz erlaubt, den Schmelz zu analysieren. Ich habe den Schmelz zu ermittelt und durch Entschleunigung eines Tagesloches behoben.' 'Siehe dieser Scherz eine Pointe?' 'Nein, Herr Senator, es war ein Schabernack, der seine Spitze gegen den Begleiter der Mich Blossom richtete.' 'Wie war dieser Begleiter?' 'Ein gewisser Aeronaut, Herr Senator.' 'Ein mattes Nücheln ging über die Züge des Amerikaners. 'Bergung?' jagte er, 'dann sollten Sie dem Täter den Lohn verdoppeln!' 'Disziplin muß sein, Herr Senator.'

